

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Cindendstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Rechtsverschwörung vor dem Landtag
Severings Mitteilungen.

Die Ankündigung der sozialdemokratischen Interpellation und der Rede Severings über die ausgedehnten Verschwörungspäne der Deutschvölkischen gab der heutigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses das äußere Gepräge der großen parlamentarischen Tage.

In einer kurzen klaren Rede schilderte zunächst Genosse Hauschild die seit dem Ruhrmarsch immer gefährlicher gewordene Entwicklung der rechtsradikalen Selbstschußbewegung und forderte aus inner- und außenpolitischen Gründen die preussische Regierung auf, diesem unheilvollen Treiben rücksichtslos entgegenzutreten.

Als der Minister des Innern, Genosse Severing, ans Rednerpult trat, war die Spannung aufs äußerste gestiegen, doch sorgte der Redner selbst dafür, daß sensationelle Erwartungen gedämpft werden, indem er auf die politisch-technischen und außenpolitischen Gründe hinwies, die ihn einweisen noch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlassen würden. Was er jedoch bekanntgab, die verschiedenen Tatsachen, die er mitteilte, die Dokumente und Briefe, die er verlas, genügt vollständig, um die Größe der Gefahr zu kennzeichnen, die dem Reich und der Republik von den völkerrätischen „Völkischen“ in allen Teilen Deutschlands drohte, als die ihm unterstellten Organe rechtzeitig dreinführen. Es ergibt sich daraus insbesondere und unumwiderlegbar, daß die norddeutschen Völkischen nicht nur in engster Fühlung mit den bayerischen Nationalsozialisten stehen, sondern daß sie sogar ihnen bereits organisatorisch untergeordnet hatten, um der Republik den Garaus zu machen.

Soweit die Reichswehr in Frage kommt, über deren Haltung schon bei der jüngsten Reichstagsdebatte laute und berechtigte Sorgen aufgetaucht waren, so steht zumindest das eine fest: zahlreiche Reichswehroffiziere stehen mit den Korbvölkischen Organisationen in engster Verbindung, und am vorigen Sonntag waren nicht nur aus Potsdam, sondern aus allen Teilen des Reiches Reichswehroffiziere zu einer geheimen Versammlung nach Wannsee gekommen, die bekanntlich von der Polizei aufgehoben wurde. Bei dieser Gelegenheit hatte Korbvölkisch an die Reichswehroffiziere appelliert, einem kommenden Aufstand gegenüber zumindest wohlwollende Neutralität zu wahren. Inwieweit die oberen und Zentralstellen der Reichswehr in die Angelegenheit verwickelt sind, geht aus den Mitteilungen Severings nicht hervor.

Der preussische Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der bereits bekannten Großen Anfrage unserer Genossen über die Selbstschußorganisationen.

Abg. Dr. Meyer-Diesterweg (Komm.) verlangt die Vertagung der Beratung der Großen Anfrage mit einem kommunistischen Antrag betreffend die Selbstschußorganisationen. Nach Ablehnung der kommunistischen Forderung erhob zur Begründung der Großen Anfrage das Wort

Abg. Hauschild (Soz.):
Bei unserer Anfrage leitete uns der Wunsch, unter allen Umständen über die Selbstschußorganisationen endlich einmal volle Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit ist angesichts der seit Wochen herumwirrenden Gerüchte und Kombinationen dringend notwendig. Aus dem vorliegenden Material geht hervor, daß diese Organisationen und Verbände den Bürgerkrieg und die Niederschlagung der Republik mit Waffengewalt beabsichtigen. Ferner geht aus den eingelaufenen Nachrichten hervor, daß

Reichs- und Staatsorgane an diesem Treiben beteiligt sein sollen. Das macht die in den weitesten Volksteilen eingetretene Beunruhigung durchaus verständlich.

Angenehm haben diese Organisationen und Formationen sich auch den Schutz der Verfassung zum Ziel gesetzt. Wir sind aber der Meinung, daß der Schutz der Verfassung ausschließlich Aufgabe der verfassungsmäßig dazu berufenen Behörden ist. Ein Zusammenhang zwischen der Reichswehr und den verbotenen und aufgelösten Selbstschußorganisationen und Geheimverbänden ist nachgewiesen. Das hat sich aus dem offiziellen Bericht über die Konferenz der Oberpräsidenten am 24. Februar ergeben.

Gelingt es diesen Organisationen und Verbänden, ihre Böhlerien fortzuführen, so muß das zur Kompromittierung Deutschlands und zur

Erschwerung des Abwehrkampfes an der Ruhr führen. Wer heute von militärischem Widerstand, vom Uebergang vom passiven zum aktiven Widerstand, redet, ist ein Verbrecher

am Volk. Wer keine Katastrophe will, muß die zur Katastrophopolitik führende Politik solcher Formationen rücksichtslos niederschlagen.

Ein besonderes Augenmerk muß der Minister auf Oberschlesien richten. Aus Silesien, Hindenburg und Gleiwitz liegen Berichte vor, die die Situation als äußerst ernst erscheinen lassen. In Hindenburg haben die Selbstschußverbände trotz des Verbotes einen Fackelzug arrangiert, wogegen bereits Schupo eingeseht werden mußte. Erfreulicherweise ist die Schupo von den Korbvölkischen bald abgerückt und hat ihre Pflicht mit starker Hand erfüllt. Wenn es nicht gelingt, Oberschlesien von allen Resten dieser Selbstschußverbände zu befreien, dann ist dort der soziale Frieden aufs äußerste gefährdet. Gibt die ober-schlesische Arbeiterschaft den Wählern, wie ich nicht zweifle, die richtige Antwort, so tragen die Verantwortlichen für eine solche Störung der Ruhe und Ordnung diejenigen, welche die umstürzlerischen Ideen propagieren.

Wertwürdigerweise spricht die Rechtsprelle mit allerlei Nebenarten über Gespensterjuridik und dergl. Man will die Aufmerksamkeit ablenken. In der berichtigten Oktoberversammlung im Circus Busch sprach einer der Arrangeurs ausdrücklich von dem

im März bevorstehenden Rechtspußch.

Ich vertraue, daß die jetzt aufgedeckte Umsturzverschwörung auch alle bürgerlichen Parteien zur Erkenntnis bringen wird, daß gegen diese Korbvölkisch und anderen monarchistischen Verschwörer keinerlei Milde obwalten darf. Alle wirklichen Volksparteien, die der Ueberzeugung sind, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der Republik möglich ist, sollten sich nicht täuschen über den wahren Charakter der Selbstschuß- und Geheimorganisationen. Ihr Zweck ist die Beseitigung der Republik.

Ich hoffe, daß die Untersuchung auch Licht bringen wird über die Verbindung der Selbstschußorganisationen mit den Nordbänden.

Auch die Beziehungen des Generals Ludendorff zu diesen Organisationen müssen klargestellt werden. Der von Helfferich so gerühmte nationale Jugendbund hat schon in der Schule mit dem Gedanken des Nordes gespielt. Jedenfalls kann niemand leugnen, daß die Selbstschuß- und andere Geheimorganisationen gerade die jugendlichen Kreise zu gewinnen suchen. Die Deutschnationale Volkspartei unterstützt die nationalsozialistische Jugendbewegung. Wir hoffen, daß Minister Böllig, der für die Beziehung des Staates, so wie er ist, eingetreten ist, der Gefahr, in der die Jugend verstrickt werden soll, entgegentritt.

Nun wird von der angeblichen Mobilisierung einer roten Armee gesprochen. Es handelt sich dabei nur um ein Ablenkungsmanöver. Wenn man sich gegen Kußpfehlenden von rechts wie von links wehrt, so ist das keine Annäherung von politischen und militärischen Befugnissen. (Sehr richtig! links.)

Die Selbstschußorganisationen haben bekanntlich schon den Nährboden für die Rathenau-Mörder gebildet. Das ist klar bewiesen. Zum Schutz der Republik gegen die ihr von nationalsozialistischen Fanatikern drohenden Gefahren ist es selbstverständlich, daß der Minister des Innern alle notwendigen Vorkehrungen trifft. Das Interesse des Volkes fordert, daß

gegen die Gefahr Front gemacht wird. Jede Nachgiebigkeit wäre nur geeignet, den Sturz der Republik vorzubereiten. (Sehr wahr! links.)

Das deutsche Volk muß die Ueberzeugung haben, daß die Organe der Republik ihren Aufgaben gewachsen sind und in dieser schweren Zeit ihres Amtes walteten. Deshalb ruft meine Fraktion Ihnen, Herr Minister, zu: Wachen Sie mit größter Aufmerksamkeit darüber, daß die der deutschen Republik drohenden Gefahren abgewendet werden und Deutschland nicht innen- und außenpolitisch schwersten Schaden erleidet. (Lebhafter Beifall links.)

Die Große Anfrage beantwortet

Minister des Innern Severing:

Es wäre meines Erachtens richtiger gewesen, wenn man Rücksicht genommen hätte auf die tatsächliche Abwehr in dem uns an der Ruhr und am Rhein abgezwungenen Kampfe. Heute stellt der Landtag ein sehr unerfreuliches Bild von politischer Ferntrennung dar. Ich hoffe nichtsdestoweniger, daß die heutige Aussprache doch das erstrebte Ziel wenigstens unterläßt, nämlich die Ruhestreifer davon zu überzeugen, daß die Vernünftigen im Lande, die preussischen Volksovertreter, unentwegt hinter ihnen stehen und wie ein Mann sich gegen diejenigen wenden wollen, die durch ihre Maßnahmen und Handlungen das Abwehrwert an der Ruhr gefährden. Man hat mir die Absicht angedichtet, daß ich heute eine sensationelle Rede halten wollte (Zurufe). Das ist tatsächlich in dem Monitor des Herrn Korbvölkisch, im „Lokalanzeiger“ und im „Tag“ geschehen (Heiterkeit). Der Umstand, daß ich mich bemüht habe, die Angelegenheiten, um die es sich hier handelt, in Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen zu erledigen und daß ich hier nicht darüber gesprochen habe, ist der beste Beweis dafür, daß mir nichts ferner liegt, als eine Sensation. Es ist auch nicht richtig, daß ich einen kühnen Kampf gegen die nationalsozialistischen Verbände führen will. Richtig ist nur, daß ich

gegen jede Ruhestörer im Staate vorgehen

will, ganz gleich, welchen Mantel sie sich umhängen. (Beifall.) Die Behauptung, daß die Selbstschußorganisationen Rekrutierungsgebiete bilden für Formationen, die eventuell gegen den äußeren Feind verwendet werden sollen, ist wahrscheinlich unterstützt worden durch die Bewegung, die so viele junge Leute in den ersten Tagen des Ruhrmarsches in Hannover, der Provinz Sachsen, Brandenburg, Pommern und sogar in Ostpreußen ergriß. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß in einzelnen Fällen eine Verbindung mit Selbstschußorganisationen bestanden hat. Ich möchte aber doch meinen, daß diese Bewegung nicht so ohne weiteres mit den Selbstschußbestrebungen zusammengeworfen werden darf. Im Ruhr-

revier selbst war das Gerücht verbreitet, daß alle wehrfähigen jungen Leute von den Franzosen zum französischen Heeresdienst gepreht werden würden oder mindestens derart verfolgt werden würden, daß sie glaubten, sie würden besser daran tun, das Gebiet zu verlassen und sich dem Reichswehrministerium zur Verfügung zu stellen. Das Reichswehrministerium hat demgegenüber sofort die nötigen Instruktionen gegeben. Der Kommandeur des betreffenden Bezirks in Münster hat sich an den Oberpräsidenten gewandt mit der Bitte, scheinungslos für den Abtransport der jungen Leute zu sorgen. Das gleiche ist in Hannover geschehen, und auch in Berlin hat die zuständige Zentralstelle des Wehrministeriums gar keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß diese jungen Leute möglichst schnell wieder heimbeordert werden müssen. Einige dieser abenteuerlustigen jungen Leute waren im Besitze reicher Geldmittel, was darauf schließen ließ, daß die Selbstschußorganisationen mindestens auch beim Transport dieser jungen Leute beteiligt waren. Wenn gesagt wurde, daß die

Selbstschußorganisationen Sammelbeden des Bürgerkrieges

sein und werden könnten, so trifft das meines Erachtens zu. Darüber kann gar kein Zweifel sein: Wenn diese Organisationen so weiter wirken wie bisher und ihnen weiter wie bisher Arbeiterbattalione entgegengestellt würden, dann hätten wir heute zwar noch nicht den Bürgerkrieg, aber es ließe sich mathematisch berechnen, wann er losgehen würde. Ich habe das Gefühl, daß wir von diesem Termin nicht mehr weit entfernt sind (Hört! hört!).

Der Minister wendet sich sodann gegen die „Rote Fahne“. Er verliest einen Artikel dieses Blattes, wonach die Regierung trotz umfangreichen Materials nicht gegen die nationalsozialistischen Verschwörer vorgehen wolle und bemerkt dazu: Sozial Sähe, sowie Unwahrheiten (Unruhe und Zurufe bei den Kommunisten). Derartige Mitteilungen sind nicht gemacht worden. Ich habe mich darauf beschränkt, als vor einigen Wochen die heute hier zur Besprechung stehenden Gerüchte scharf aufzutreten, eine knappe sachliche Darstellung der Tätigkeit dieser Organisationen und Verbände zu geben, um die Herren von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu überzeugen, daß die Behörden nicht schlafen, sondern ihre Pflicht getan haben (Zurufe bei den Kommunisten).

Ich lege Wert darauf, mit der Reichswehr in guter Fühlung und im besten Einvernehmen zu sein; Polizei und Reichswehr haben die Aufgabe, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die gestörte wiederherzustellen; und da geht es nicht an, daß die Polizei nach links und die Reichswehr nach rechts geht. Deshalb habe ich mich mit dem Reichswehrminister in Verbindung gesetzt, weil der Verdacht auftauchte, daß gewisse, sich Hauptmann und Major nennende führende Personen dieser Verbände aktive Offiziere waren. Ich sehe die vom Reichswehrminister im Reichstag am 27. Februar abgegebene Erklärung als bekannt voraus. Es sind dann die Oberpräsidenten veranlaßt worden, die bezüglichen Ermittlungen anzustellen und unverzüglich darüber Meldung zu machen, sowohl, was die Offiziere als was die Mannschaften betraf. Solche Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium sind schon im vorigen Jahr erfolgt, als festgestellt wurde, daß nach dem Rathenau-Morde trotz aller Auflösung solcher Organisationen und Verbände weiter bestanden, die sich militärische und polizeiliche Befugnisse anmaßten. Da mußte scharf durchgegriffen werden, und es wurde auch erreicht, daß das missliche Halbunsel über gewissen Selbstschußorganisationen gelüftet wurde. Das wäre nicht erreicht worden, wenn von Anfang an die Regierung sich etwa in einem hysterischen Geldelei über diese Dinge ergangen hätte; solches Geschrei ist kein Zeichen von Kraft.

Nun haben die Kommunisten der Reichsregierung zugemutet, sie solle die

proletarischen Selbstschußorganisationen

unterstützen und mit Waffen versehen. (Große Unruhe.) Glauben die Kommunisten, daß eine Regierung, die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten will, sich bereitfinden wird, ihnen Waffen in die Hand zu geben? (Große Unruhe bei den Komm.) Von der preussischen Regierung werden Selbstschußorganisationen jeglicher Art verboten, sie werden aufgelöst und es wird dafür gesorgt, daß die einzelnen Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. (Abg. Schulz [Komm.] ruft: Diese Unrichtigkeit freut uns sehr!)

Die rechtsgerichteten Organisationen begründen ihre Existenz und ihre Tätigkeit durch den Hinweis auf die Gefahr von links, auf die Bildung einer roten Armee. Ein Muster politischer Anreizerei ist ein Brief, der an den Reichstagsler gekommen ist, der vom Reichstagsler verlangt, er solle durch einen Appell an alle völkisch Gerichte den Aufmarsch gegen das hochverräterische Treiben veranlassen. Der Briefschreiber heißt Wulle. Am 7. März habe ich bereits erklärt, daß der Bezirk Subi mit Schupo belegt werden würde, um der Bildung von roten Hundertschaften ein Ende zu machen. Wenn in Remscheid sich Hundertschaften bilden, die sich polizeiliche Befugnisse anmaßen, die friedliche Bürger umfallen und ihnen die Pässe oberlangen und dann alle jene Leute, die den Hundertschaften nicht in den Kram passen, verprügeln, dann muß auch solchen Selbstschußorganisationen von links ein Ende gemacht werden. (Stürmisches Hört, hört! bei den Kommunisten und Rufe: So bekämpfe er die Reaktion! Schreie: macher für Ludendorff!) Diese Arbeiterbattalione, diese „Rote Armee“ sind nun bei weitem nicht so gefährlich wie die Organisationen von rechts. Haben Sie (zu den Kommunisten) schon jemals in der „Deutschen Zeitung“ einen Artikel mit der Ueberschrift gefunden: „Aufmarsch der rechtsgerichteten Selbstschußorganisationen?“ Den Befallen tun Ihnen die Herren nicht.

Der Kampf der Staatsregierung hat sich gleichzeitig gegen beide Seiten zu richten, aber naturgemäß

vor allem gegen die größere Gefahr.

Hausdurchsuchungen haben ergeben, daß zahlreiche der nach dem Rathenau-Morde aufgelösten Formationen tatsächlich fortbestehen. Ihr Zweck war zunächst der wirtschaftliche Terror.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Stubbensucher.

Von „Goldsuchern“ bei Berlin war unlängst an dieser Stelle die Rede von den Schwierigkeiten und nicht geringen Gefahren dieser Beschäftigung. Wer heute Gelegenheiten hat, am Montag in den Grunewald zu kommen, findet noch andere Leute mit einer anderen Nebenbeschäftigung, die ebenfalls die größte Kräfteanstrengung erfordert und gleichfalls nicht ganz ohne Gefahr ist. Um zu billigem Brennholz zu kommen, werden die sogenannten Stubben, die durch die Wurzeln zum Teil fest im Erdreich verankert sind, ausgegraben. Es ist eine Arbeit, die an die Körperkräfte ganz große Anforderungen stellt und nicht minder eine große Geschicklichkeit verlangt. Ist endlich der Stubben nach vielen Mühen aus der Erde gehoben, heißt es, ihn an Ort und Stelle zerlegen und zerkleinern mit Hilfe von Äxt und Säge. Das kurze Holz, wie es der Fachmann nennt, und das Inorrig Holz leistet natürlich vielen Widerstand. Das Zerkleinern des Holzes wird gleich an Ort und Stelle vorgenommen, weil in der Wohnung und im Hause überhaupt keine Möglichkeit besteht, diese Arbeit zu verrichten, die einen Bärm verursacht, als sollte das Haus einstürzen. Da aber heute bereits diese Häuser nur noch auf sehr schwachen Füßen stehen, weil lange nichts mehr zu ihrer Instandhaltung geschehen ist, könnte es auch wirklich sich ereignen, daß mal einem Haus das Zerhacken eines Stubbens sehr schlecht bekommt. Ist nun die mühselige Arbeit des Ausrodens der Stubben und das Zerkleinern des Holzes getan, heißt es, die Schätze auf dem mitgebrachten Wagen bergen und nach Hause bringen. Der Weg vom Wald nach der Wohnung ist in den meisten Fällen weit, und die durch die vorhergegangene stundenlange schwere Arbeit vollständig erschöpften und ausgepumpten Menschen müssen nun noch als Zugtiere sich vor den schweren Wagen spannen, während Frau und Kinder schleichen helfen. An diesen elenden Fuhren, die so recht ein mahnendes Zeichen sind für unsere schwere wirtschaftliche Not, faßt wohl ein elegantes Auto vorüber. Die Insassen werfen kaum einen Blick auf die abgearbeiteten Menschen. Sie werden auch den Sinn und den Segen dieser Arbeit der Stubbensucher nicht verstehen, denn ihnen ist es ganz gleichgültig, ob der Zentner 2000 oder 10 000 M. kostet.

Das Märchen vom entlaufenen Hund. Festnahme eines langgejagten Einbrechertrios.

Der Schrecken des Berliner Westens waren seit Jahresfrist Fassadenkletterer, die in früher nie gekannter Weise hausten und an Werten aller Art Millionen über Millionen erbeuteten. Das gestohlene Gut war oft so umfangreich, daß die Verbrecher es nur mit einem Fuhrwerk oder einem Kraftwagen hatten abfahren können. Trotzdem war ungeachtet der umfassenden Nachforschungen der Kriminalpolizei bisher keine greifbare Spur zu finden gewesen. Auch die Ausschreibung hoher Belohnung blieb erfolglos. Jetzt ist es gelungen, die gefährliche Bande unschädlich zu machen. Sie bestand aus drei „Gentlemen-Einbrechern“ namens Schneeweiß, Kalles und Schröder.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Einbrechern hatten diese drei feste und schön eingerichtete Wohnungen, die sie mit einer Geliebten zu teilen pflegten. Auf die Bande hatte zunächst niemand Verdacht, weil die drei Männer einen redlichen Erwerb zu haben schienen und dementsprechend auftraten. In Wirklichkeit versammelten sich die Fassadenkletterer jeden Tag in der Wohnung des Kalles, der unter dem Spitznamen Fred ging, in der Münchener Straße 38. Hier tauschten sie ihre Erlebnisse und die Ergebnisse ihrer Auskunftsleistungen aus, auf denen sie stets neue Pläne ausbauten. Für die „Baldewinger“ hatten sie ihre eigene Methode, Kalles und Schneeweiß gingen scheinbar harmlos spazieren und begehrten dann plötzlich und scheinbar etwas aufgeregt von dem Pförtner eines herrschaftlichen Hauses Einlass unter der Vorpiegelung, ihr Hund sei ihnen in das Haus hineingelaufen. Der Pförtner erklärte dies zwar für unmöglich, weil doch die Tür verschlossen sei, sie bestanden aber trotzdem darauf und erreichten es auch regelmäßig, daß man sie das Haus abfluchen ließ. Sie behaupteten, es müsse irgendwo im Hause vielleicht ohne Wissen des Pförtners bei einem Untermieter eine Hündin sein, die ohne Zweifel ihren Hund entlaufen gelassen habe. Die Abfluchung blieb natürlich erfolglos, aber die Gauner hatten ihren Zweck erreicht. Sie hatten sich in dem Hause genau umgesehen und die Gelegenheit zum Einbruch ausgenutzt. In einer der nächsten Nächte kamen dann jedesmal die Fassadenkletterer und raubten eine Wohnung, die sie sich ausgeguckt hatten, gründlich aus. Die Verhafteten sind gefällig, weigern sich aber, ihre Fehler preiszugeben. Die Kriminalpolizei forscht jetzt nach dem Verbleib der Raubbeute. Mitteilung zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Das neue Paketporto.

Eine wichtige Aenderung greift vom 1. April d. J. ab im postalischen Paketverkehr. Es werden nämlich drei Entfernungszone gebildet, und zwar eine erste Zone, die bis 75 Kilometer, eine zweite, die von 75 bis 375 Kilometer, und eine dritte, die über 375 Kilometer hinausreicht. Es wird in Zukunft ein 3-Kilogramm-Paket für die erste Zone 300 M. und für die zweite und dritte Zone 600 M. kosten. Ein 3-5-Kilogramm-Paket wird in der ersten Zone 500 M., in der zweiten und dritten je 1000 M. kosten. In der ersten Zone erhöht sich das Porto für 5-10-Kilogramm-Pakete um je 100 M. für ein Kilogramm, und für 10-20-Kilogramm-Pakete um je 150 M. für ein Kilogramm. In der zweiten Zone erhöht sich das Porto für 5-10-Kilogramm-Pakete um je 200 M. für ein Kilogramm und für 10-20-Kilogramm-Pakete um je 300 M. In der dritten Zone hatte die Post für 5-6-Kilogramm-Pakete die ungeheure Summe von 800 M. eingefügt, so daß ein Paket über 5-6 Kilogramm 1800 Mark Porto kostet. Darüber hinaus tritt für Pakete von 6-10 Kilogramm Gewicht für jedes Kilo eine Erhöhung um je 300 M. ein, für Pakete von 10-20 Kilogramm eine solche von je 450 M. für jedes Kilogramm. Postbestellgeld und Paketausgabegebühr werden vom 1. April an nicht mehr erhoben. Ferner wird im innerdeutschen Verkehr sowie im Verkehr mit der freien Stadt Danzig, Luxemburg, Rumeliengebiet und Oesterreich für Warenproben sendungen eine Vorstufe bis zum Gewicht von 100 Gramm zum Gebührensatz von 60 M. eingeführt.

Einfache Rezepte.

Die „D. A. Ztg.“ nimmt sehr heftig gegen die beobachtete Tarif-erhöhung der Straßenbahn Stellung und führt dabei alle die Bedenken ins Feld, die jeder vernünftige Mensch erheben wird, der die geringe Kaufkraft der Bevölkerung kennt und dem an einer Erhaltung billiger Verkehrsstarke gelegen ist. Die ganze Schwierigkeit entsteht ja immer erst dann, wenn es sich darum handelt, wie man bei solchen Unternehmungen die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang bringen soll. Die „D. A. Ztg.“ hat für die Stadt ein sehr einfaches Rezept: Sie schreibt: „Es wäre für die Stadt sehr einfach, etwas Ordnung in ihre Finanzen zu bringen, wenn sie das ungeheure Heer der überflüssiger Beamten entfernen und der wirtschaftlichen Produktion zuweisen wollte.“ Wenn die Zeitung der Stadt ihre Pflicht gegenüber der Bürgerschaft erfüllen würde, löse zunächst als wirksamstes Mittel der Beamtenabbau in Frage. Es wäre doch sehr interessant, wenn die „D. A. Ztg.“ uns mal verraten würde, wie man das machen soll. Der sozialistische Magistrat kann doch nicht die Verfassungsbestimmungen und die Unabsetzbarkeit der Beamten befehligen, auf die die Kreise der „D. A. Ztg.“

so sehr stolz sind und die sie gegen alle Angriffe der bösen Sozialdemokratie bisher so energisch verteidigt haben. Oder ist etwa die „D. A. Ztg.“ neuerdings bereit, ebenso wie die Sozialdemokratie dafür einzutreten, daß die Beamtenprivilegien beseitigt werden?

In München wird der Straßenbahntarif erhöht. Vom 24. März ab kostet die erste Teilstrecke 150 Mark, die ersten beiden Teilstrecken 250 Mark und mehr als zwei Teilstrecken 300 Mark. Am Sonntag kostet die erste Teilstrecke 150 Mark und mehrere 250 Mark. Für das Gepäck ist Einheitsstarif 150 Mark. Dabei ist München in der Lage, die elektrische Kraft billiger aus seinen großen Wasserkraften zu beziehen.

Arbeit der Wucherpolizei.

2253 Straffachen in einem Monat.

Im Monat Februar 1923 sind bei der Wucherabteilung des Polizeipräsidiums Berlin insgesamt 2253 Straffachen wegen Vergehens gegen wirtschaftliche Bestimmungen zur Bearbeitung gekommen, hieron wegen Höchstpreisüberschreitung, Preiswuchers und Kettenhandels 1550, wegen Richtauspreisung 215, wegen unerlaubten Handels 95, wegen sonstiger Vergehen (so gegen Ein- und Ausfuhrvorschriften, gegen Vorschriften über äußere Kennzeichnung von Waren, gegen Rationierungsbestimmungen) 393 Fälle. — An die Staatsanwaltschaften wurden 2027 Sachen abgegeben.

Handelsverbote erfolgten 31, davon 19 wegen Wuchers und Metallheherei, der Rest wegen Unzuverlässigkeiten von Gastwirten. In 6 Fällen wurde die Polizeistunde herabgesetzt; in 29 Fällen sind Schankwirtschaften geschlossen worden. In 5 dieser Fälle wurden die geschlossenen Räume dem Wohnungsmieter zu anderweiter Verwendung überlassen. Sämtliche Maßnahmen gegen Schankwirtschaften wurden wegen wiederholter Polizeistundenübertretung, Veranlassung von verbotenen Nacht- und Reppbetrieben mit Schleppey und Spannern und Forderung von Wucherpreisen für Speisen und Getränke getroffen. Beschlagnahme wurden u. a. für 4 425 620 Mark Fleisch, für 44 799 215 M. Vieh für 2000 M. Kartoffeln, für 27 000 M. Geflügel, für 16 000 M. Wild, für 176 000 M. Schenken, für 1 585 000 M. Butter, für 611 000 M. Eier, für 8 085 650 M. Käse und für 1 247 238 M. Tabakwaren.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Einem bösen Reinfall erlebten die Deutschböhmischen in Romawes. Sie hatten kürzlich eine große Versammlung einberufen und die 20 Haltenkreuzer mögen nicht schlecht erlaubt gewesen sein, als sie einen zum Brechen vollen Saal vorfanden. Die Arbeiter waren in großer Zahl erschienen. Ganze zwei Sätze lönten aus rein arischem Munde. Dann übernahm die Arbeiterkassette die Versammlung. Genosse La Grange rechnete unter stürmlichem Beifall der Zuhörer mit dem Rechtsbolschewismus ab. Mit zitternden Knien bat der Anführer der „mutigen“ Krieger um freien Abzug, der ihnen auch zugestimmt wurde. Es wird den Haltenkreuzern wohl nun das Vergnügen vergangen sein, Romawes noch einen zweiten Besuch abzustatten.

Zum besten Berliner Jugendberbergen veranstaltet der Rätische Landesverband der Jugendbewegung am Sonntag, den 25. März, vormittags 11½ Uhr, in den Kammerkneipen am Goldammer Platz einen Jugendberbergsabend. Nach einer Lichtbildvorlage „Rätische Raben und Erberbergs“ läuft dort der Film „Unter Eichen und milden Tieren“, Karlen zum Preise von 60 M. im Landsgemeindehaus, Berlin O 54, Sappelerstr. 23, und an der Tageskasse.

Eine erweiterte Funktionärskonferenz findet am Sonnabend, den 24. März, abends 6 Uhr, im Rathaus in Steglitz statt. Außer den Stadt- und Bezirksordnern sollen auch alle Funktionäre teilnehmen. Genossen, die für kommunalpolitische Interessen haben, können ebenfalls erscheinen.

Gemischte und Frauenchöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes! Der Zentralvorstand des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes schreibt uns: Als umfassende Vertreterversammlung des Gesamtverbandes hat sich am 18. März in Berlin ein Reichsausschuß für Chororganisation unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Freund gebildet, dem der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, der Deutsche Sängerbund sowie eine Arbeitsgemeinschaft gemischter, Frauen- und Kinderchöre angehören. Der Vorstand der letzteren Arbeitsgemeinschaft fordert, wie uns bekannt geworden, auch mehrschal unsere gemischten und Frauenchöre zum Beitritt bzw. zu Rationierungsleistungen an. Unsere Vereinsvorstände und Chorleiter seien darauf hingewiesen, daß die Vertreterversammlung aller unserer Bundesvereine, auch der gemischten und Frauenchöre, dem Zentralvorstand in Berlin obliegt, es also eines Beitritts zu irgendeiner anderen Form der Vertretung nicht bedarf.

Schwiegermutter und Schwager erschossen. Ein Familiendrama spielte sich am gestrigen Donnerstag in der Ferdinand-Loff-Straße in Leipzig-Städtisch ab. Dort hat der 28jährige Rodolf-Schüler Otto Schüller seine Schwiegermutter durch Revolver-schüsse getötet. Der Tat scheint ein großer Streit vorangegangen zu sein, denn in der Wohnung waren alle Möbel kurz und klein geschlagen. Die Polizei fand den Täter noch in der Wohnung vor und konnte ihn festnehmen. Das Motiv der Tat scheinen Familienstreitigkeiten gewesen zu sein, da Schüller mit seiner Frau in Scheidung lebt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kraden und übermäßig heiter, nur zeitweise etwas neblig, in den Tagesstunden ziemlich warm bei größtenteils schwachen südöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Sonnabend, den 24. März:

- 12. Kreis, Steglitz und Uckerfelde-Panitzsch, 6 Uhr, Fraktionsführung im Rathaus Steglitz, Großer Saal. Alle Funktionäre des Kreises sind zu dieser Sitzung eingeladen.
- 9. Kreis, Wilmersdorf, Gemeindeführung des engeren Kreisverbandes und des Bildungsausschusses um 8 Uhr, im Zugradheim, Goldbergstr. 4, Tagesordnung: Kreisfest.
- 79. Abt. Schöneberg, Genosse Erich Chletex, Lindenhof, Friedhofstr. 18, verlorben. Bekatung Sonnabend, 4 Uhr, auf dem städtischen Friedhofe, Gethse-

Devisenkurse.

	23. März		22. März	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8226.88	8268.12	8224.29	8265.62
1 argentinische Papier-Peso	7700.70	7787.80	7695.21	7781.79
1 belgischer Franc	1192.01	1194.90	1244.58	1250.62
1 norwegische Krone	8765.56	8784.44	8765.56	8784.44
1 dänische Krone	4019.92	4040.08	3999.97	4020.03
1 schwedische Krone	5549.50	5571.40	5548.10	5573.90
1 russische Mark	562.29	564.01	564.58	567.42
1 japanischer Yen	9975. —	10025. —	9975. —	10025. —
1 italienische Lire	1022.43	1027.57	1020.93	1030.07
1 Pfund Sterling	97765. —	98245. —	97755. —	98245. —
1 Dollar	20847.75	20952.25	20890.21	20994.79
1 französischer Franc	1368.06	1375.94	1408.90	1416.04
1 brasilianischer Milreis	2389.23	2310.77	2304.22	2315.78
1 Schweizer Franc	3557.93	3574.07	3547.86	3567.15
1 spanische Pesta	3211.95	3228.05	3210.48	3226.57
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	28.93	29.00
1 tschechische Krone	—	—	617.95	621.05
1 ungarische Krone	—	—	4.54	4.58
1 bulgarische Lewa	—	—	139.15	139.55
1 jugoslawischer Dinar	—	—	214.21	215.20

Gewerkschaftsbewegung

Die Kommunisten spalten!

Offenbar ist von Pöslau an die SPD. der Befehl gekommen, von Worten zur Tat zu schreiten und die Spaltung der Gewerkschaften in die Praxis umzusetzen. Die „Umgestaltung“ eines Organisationsrats der Eisenbahner zum „roten“ Eisenbahnerverband, die systematische Spaltungsarbeit im Deutschen Eisenbahnerverband, der Versuch, die Berliner Dreierverbände und Branchenleitungen, die von Kommunisten besetzt sind, zu einer „Aktion“ zusammenzufassen, lassen mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erkennen, wohin die Reise geht. Nun liegen ähnliche Nachrichten auch von den Bauarbeitern vor.

Bekanntlich sind eine Reihe von Moskauerigen aus dem Deutschen Bauarbeiterverband wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Statuten ausgeschlossen worden. Diese Ausgeschlossenen haben sich in einem sogenannten Verband der Ausgeschlossenen unter dem Vorsitz eines gewissen Kaiser zusammengefunden. Dieser Verband hat nun große Anstrengungen gemacht, um die Spaltung weiterzutreiben und ganze Mitgliedschaften des Bauarbeiterverbandes zu sich herüberzuziehen. Doch alle diese Anstrengungen sind bisher vergeblich geblieben. Im Gegenteil sind nicht nur die Mitglieder der SPD, soweit sie dem Deutschen Bauarbeiterverband angehörten, diesem treugeblieben, sondern eine Reihe von den Irreführten sind wieder zurückgekehrt.

Was mit den bisherigen Mitteln der kommunistischen „Ueberredung“ nicht gelungen ist, soll jetzt durch ein systematisches Ausschlußverfahren erreicht werden. Allen Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die zugleich Mitglieder der SPD sind, wird jetzt von dieser zugemutet, entweder aus dem Bauarbeiterverband auszutreten oder aus der SPD. ausgeschlossen zu werden. Es wird von allen kategorisch verlangt, daß sie dem erwähnten Verband der Ausgeschlossenen beitreten müssen. Sowohl der Bezirksleiter von Rixdorf, wie der Angestellte von Spandau im Deutschen Bauarbeiterverband, wie auch der zweite Sektionsvorsitzende der Fachgruppe für Feuerungs- und Schornsteinbau, die sämtlich Mitglieder der SPD sind oder waren, sind von der SPD. aufgefordert worden, aus dem Deutschen Bauarbeiterverband auszutreten, widrigenfalls sie aus der SPD. ausgeschlossen würden. Auch von anderen Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes liegen solche Nachrichten vor.

Die Situation ist also ganz klar. Die Kommunisten sind bisher mit der Linie haften geblieben, daß die Gewerkschaften die Mitglieder der SPD. ausschließen. Nun gehen sie selbst dazu über, von ihren Mitgliedern zu fordern, zu den abgespaltenen Organisationsräten überzutreten, wenn sie nicht aus der SPD. ausgeschlossen werden wollen. Wer also die Gewerkschaften nicht spaltet, kann nicht Mitglied der SPD. sein. Natürlich gilt diese Parole vorläufig nur für die Organisationsräte, wo die Kommunisten bereits die Spaltung vollzogen haben. Aber auch für die anderen Organisationen ist diese Tatsache sehr wesentlich und es wird gut sein, wenn die Mitglieder, die bisher den kommunistischen Schreibern nachgelaufen sind, darüber reflexlos aufgeklärt werden.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer heutigen Morgennummer den angeforderten Aufruf zu einer „internationalen Kundgebung“, bei der auch die von Kommunisten besetzten Ortsverwaltungen und Branchenleitungen, soweit sie sich „stark genug fühlen“, aktiv mitwirken sollten. Diese politische Kundgebung der Moskauer Regierung ist unterzeichnet von der K.D., von einigen Ausschüssen, hinter denen sich die K.P.D. verbirgt, und von der Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher. Das ist dieselbe Ortsverwaltung, die sich geweigert hat, den Arbeitern im Ruhrgebiet zu Hilfe zu kommen.

Dann steht da noch: Verband der Kupferschmiede, Ortsverwaltung Berlin. A. V. Kopschläger.

Kopschläger ist Vorsitzender der Zimmerer. In der Münzstraße scheint man darüber nicht informiert zu sein. Aber auch die Kupferschmiede haben eine kommunistische Ortsverwaltung. Welche von beiden unter das laubdünne Dach getrieben ist, wissen wir nicht. Das festzustellen, ist Sache der Mitglieder. Sonst aber haben es alle anderen kommunistischen Branchenleitungen und Ortsverwaltungen Berlins abgelehnt, als Schleppeinträger Sinowjef zu figurieren. Werden sie nun auch aus der SPD. ausgeschlossen werden?

Rechtsanwälte und Notare als Arbeitgeber.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Zu den Arbeitnehmergruppen, die heute am schwersten ums Dasein zu kämpfen haben, gehören in erster Linie die Angestellten der Rechtsanwalts- und Rotaribureaus. Die Anwälte und Notare zahlen ihren Angestellten Hungerlöhne. Mit keiner anderen Arbeitgeberkategorie haben die Gewerkschaften einen so unerbittlichen und unerquicklichen Kampf zu führen als mit den Anwälten. Die Anwälte in ihrer übergroßen Mehrzahl sind jedes sozialen Verständnisses bar. Den Abschluß von Tarifverträgen lehnen sie außerdem aus nichtigen Vorwänden ab und versuchen mit allen Schikanen die Schaffung eines Tarifverhältnisses zu entgehen. Dieses Verhalten der Anwälte hat den größten Teil der tüchtigen Gehilfen veranlaßt, zu anderen Berufen abzuwandern. Ein anderer Teil, dem die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes einen Stellungswechsel verbietet, muß gemüht sein, jeden Augenblick von den Anwälten vor die Tür gesetzt zu werden. Die Anwälte versuchen nun, ihre Betriebe durch Einstellung und Anwerbung von Lehrlingen in unbeschränkter Zahl fortzuführen, zum Schaden dieser jungen Leute. Da von einer eigentlichen Lehrlingsausbildung bei Rechtsanwaltskanzleien keine Rede sein kann, werden die jugendlichen Angestellten lediglich zu billigen Ausbeutungssubjekten mißbraucht. Das mögen alle Eltern beachten. Zu Auskünften und Ratsschlägen ist der Zentralverband der Angestellten — als zuständige Organisation — gern bereit.

Pinkerton-Reflexe.

Sobald einmal bekannt wird, daß in einem Betriebe Diebstähle vorkommen oder sonst irgend etwas, empfehlen solche Gesellschaften den Unternehmern ihre Dienste.

So ist auch neuerdings wieder ein derartiges Reflexschreiben verfaßt worden. Da es „vertraulich“ ist, wollen wir es auch als vertraulich behandeln, um nicht für irgend einen Detektivunternehmen gegen die Arbeiterschaft Reflexe zu machen.

Wir sind der Meinung, daß in einem ordentlich geleiteten Betriebe fortgesetzte umfangreiche Diebstähle schwer möglich sind. Wo sie vorkommen, muß der Unternehmer die nötigen Vorkehrungen treffen und kann zur Ermittlung nun die Kriminalpolizei heranziehen. Abgesehen davon, daß daran wenig geändert würde, wenn eine solche Gesellschaft einen Herrn oder eine Dame „als Bureau angeustellen“ oder in sonst einer Eigenschaft zur Verfügung stellte, um „zu helfen, unlautere Elemente zu entfernen“, muß die Arbeitnehmerschaft sich gegen jede Spionage wenden, die sich meist mangels eines anderen Tätigkeitsfeldes der Befinnung der Arbeiter zuwendet, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen.

Der Streik im Kartoffelgroßhandel beendet. Der Streik in den Kartoffelgroßhandlungen ist beendet. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, den Lohn von 60 000 M. pro Woche weiterzuzahlen. Die Arbeit ist in allen Betrieben am Donnerstag früh wieder aufgenommen worden.

Verantwortlich für den Inhalt: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

